Labour gibt sich ein neues Aktionsprogramm

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **37 (1958)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-337023

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

stehen, wie es sich in dieser Hinsicht mit dem Kanton Solothurn verhält, unter der Annahme, daß der Mehrertrag aus dem Benzinzoll gleichmäßig unter alle Kantone, gestützt auf die bisherigen Bezüge, verteilt wird, eine Annahme, die kaum zutreffen wird; aber es ist heute unmöglich, rechnerisch noch genauer dieses Problem zu erfassen. In diesem Falle erhielte der Kanton Solothurn, der 1956 aus dem Benzinzoll 1 Million Franken einnahm, einen Mehrertrag von einem Fünftel oder von 200 000 Franken. Dieser Mehrertrag ist vom solothurnischen Verlust von 1 530 000 Franken abzuziehen, so daß man zu einem Restverlust von 1 330 000 Franken käme.

Diese kantonalen Verluste fallen wesentlich in Betracht, wenn man die Vorlage vom 11. Mai nach allen Seiten abwägen will. Diese Ausfälle müssen in den Kantonen entweder durch neue Einnahmen in dieser Größenordnung, durch Minderausgaben oder durch eine Kombination beider Vorgänge gedeckt werden. Dies wird schwerfallen. Neue Einnahmen unterliegen zumeist den Volksabstimmungen, und dort besteht wenig Aussicht, mit Neusteuern durchzukommen.

Schlußfolgerungen

Wir können die Vorlage wenden, wie wir wollen. Wir können uns nicht für sie erwärmen. Sie ist nach wie vor die Vorlage des reichen Mannes, wie dies eine gewichtige Persönlichkeit in einer offenherzigen Stunde formulierte. Mit der heutigen Vorlage wird die finanzielle Last der Eidgenossenschaft noch mehr, als dies schon bis anhin der Fall war, auf die Schultern des breiten Volkes verlagert. Zölle und Umsatzsteuern werden zu den Hauptträgern der Bundeseinnahmen. Die Wehrsteuer tritt zurück, um dereinst ganz zu verschwinden. Dieser Verlagerung der Last können wir aber nicht beipflichten.

J. W. BRUEGEL

Labour gibt sich ein neues Aktionsprogramm

Unter dem Eindruck der Schlappe, den die britische Arbeiterpartei im Mai 1955 bei ihrem Versuch um Wiedereroberung der politischen Macht erlitten hat — der Versuch mißlang, weil zu viele bisherige Labourwähler sich im Zeichen der Hochkonjunktur der «Partei der Nichtwähler» angeschlossen hatten —, beschloß der Parteitag des Jahres 1955 sowohl eine Modernisierung des organisatorischen Apparates der Bewegung als auch eine Überprüfung der programmatischen Grundlagen in Form der Aufstellung eines Aktionsprogramms, das der Partei als Plattform für die nächsten Wah-

len und damit als Richtschnur für die nächste Labourregierung dienen sollte.

Nach englischer Sitte ist man hier völlig voraussetzungslos an die Arbeit gegangen. Die Unterausschüsse und Fachkommissionen des Parteivorstandes, die die einzelnen Programmkapitel vorzubereiten hatten, erhielten keinerlei Weisungen. Ihr Auftrag war, weder «ideologischen Ballast abzuwerfen», noch «bewährtes sozialistisches Gedankengut beizubehalten». Man entschied lediglich, den innerpolitischen Teil des Programms in zehn Kapitel aufzugliedern und diese nacheinander auf den Parteitagen der Jahre 1956, 1957 und 1958 in Verhandlungen zu ziehen. Ansonsten sollten die Dinge so studiert werden, wie sie heute aussehen, und Lösungsmöglichkeiten gesucht werden, die am ehesten der Entwicklung zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zu mehr Frieden und Freiheit, mit einem Wort der Entwicklung zur *klassenlosen Gesellschaft* günstig sind. Bei dem Beschluß, die Programmarbeit auf zehn Kapitel und drei Jahre aufzuteilen, nahm man bewußt die Erschwernis in Kauf, die sich aus den inneren Zusammenhängen zwischen verschiedenen Kapiteln ergibt. Es handelt sich um kein neues Parteiprogramm, das ein altes ablösen sollte, sondern um die Erarbeitung einer Reihe von Vorschlägen, die das Programm einer sozialistischen Regierung bilden können, also einen Arbeitsplan, der den parlamentarischen Möglichkeiten einer höchstens fünfjährigen Legislaturperiode angepaßt ist. Nichtsdestoweniger haben die Diskussionen um die einzelnen Programmkapitel immer wieder dazu geführt, daß die Grundlagen des sozialistischen Denkens in jedem Einzelfall mit den Gegebenheiten und Notwendigkeiten der unmittelbaren Gegenwart konfrontiert wurden.

Die Parteitage der Jahre 1956 (Blackpool) und 1957 (Brighton) haben sechs der geplanten zehn Programmkapitel verabschiedet. Da nun ein grundsätzlicher Beschluß in der Kernfrage sozialistischer Regierungstätigkeit, dem Nationalisierungsproblem, vorliegt, sind die wichtigsten Züge des Programms, mit dem Labour neuerlich zum Kampf um die Macht antreten wird, heute schon sichtbar.

Die Rechte des Einzelmenschen

Es mag überraschend erscheinen, daß die erste der Programmschriften, die zur öffentlichen Diskussion gestellt und dann vom Parteitag diskutiert und angenommen wurde, einem Problem gewidmet war, das den britischen Sozialisten nicht «auf den Nägeln brennt»: der Sicherung der Rechte des Einzelmenschen gegenüber der Obrigkeit. Der Versuch, die Rechte und Pflichten des Einzelmenschen der Gemeinschaft gegenüber neu zu definieren, kann in einem Staat mit einer eingelebten Demokratie kaum viele wesentlich neue Erkenntnisse bringen. Aber die Tatsache, daß die britischen Sozialisten einen Versuch, den richtigen Ausgleich zwischen den Rechten des Individuums und denen der Gesellschaft an die Spitze ihrer programmatischen Erwägungen stellen, zeigt, wie ernst es demokratischen Sozialisten mit ihrer

Ansicht ist, daß der Mensch und die Sorge um ihn im Mittelpunkt jeder Politik stehen müssen.

Auch in England ist eine heuchlerische Propaganda am Werke, die dem Sozialismus das Stigma anheften möchte, daß seine Verwirklichung zur Unterdrückung menschlicher Freiheiten führen muß. Demgegenüber weist die Programmschrift «Persönliche Freiheit, Labours Politik für den einzelnen und die Gemeinschaft» darauf hin, daß der von den Sozialisten geschaffene Wohlfahrtsstaat und die durch ihn bedingte Vollbeschäftigung den Bereich der persönlichen Freiheit weit ausgedehnt haben — viel mehr Menschen können sich ihrer erfreuen, und sie können sie voller genießen als früher. Trotzdem wird hier nicht verhehlt, daß der sozialistische Begriff der persönlichen Freiheit in den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Gemeinschaft eine gewisse Schranke hat und daß der einzelne manchmal auf manche seiner Rechte verzichten muß, damit mehr Menschen mehr Rechte ausüben können. So grenzt sich die Arbeiterpartei sowohl gegen das (im Wesen in England liberale) Bürgertum als auch gegen den totalitären Kommunismus ab: das erstere gestehe die sogenannten politischen Freiheiten zu, wende sich aber gegen die Ausdehnung der Demokratie in die Sphäre der Wirtschaft, die die Sozialisten anstreben, während die Kommunisten unter dem Vorwand der Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft dem Individuum jede Freiheit rauben.

Demgegenüber verkünden die britischen Sozialisten als ihr Ziel, alle Konzentrationen von Macht — militärisch, politisch, wirtschaftlich — der Gemeinschaft dienstbar zu machen, die noch bestehenden Vorrechte einiger in Rechte zu verwandeln, die jedem zustehen, durch eine gerechtere Verteilung von Vermögen und Einkommen den Bereich der Freiheit des einzelnen zu erweitern und den Einzelmenschen gegen Machtmißbrauch zu schützen. «Unsere sozialistische Auffassung», heißt es hier, «ist, daß *Freiheit und Gleichheit* voneinander untrennbar sind. Freiheit mit krasser Ungleichheit ist kaum ihren Namen wert, ‚Gleichheit' ohne Freiheit ist wertlos und dem demokratischen Sozialismus fremd.»

Obwohl die Rechte des Einzelwesens im heutigen England soweit gesichert sind, daß niemand grundlegende Reformen verlangen muß, macht die Programmschrift der Labour Party doch eine Reihe konkreter Vorschläge für die stärkere Verankerung der bürgerlichen Freiheiten und den Schutz vor Übergriffen der Bürokratie. Hier wird mit Recht darauf hingewiesen, daß Machtkonzentrationen nicht nur beim Staat und öffentlichen Organen Gefahren hervorrufen, sondern vielleicht eher noch in der Privatwirtschaft, die in ihrem Tun und Lassen nicht unter parlamentarischer Kontrolle steht. In diesem Zusammenhang wird auch das heikle Problem einer Entlassung aus politischen Gründen angeschnitten, etwas, was man in Großbritannien mit Recht höchst ungern sieht. Im Falle von Staatsbeamten gibt es gesetz-

liche Instanzen, die Beschwerden überprüfen. Die Programmschrift schlägt ähnliche Sicherungen für die Privatindustrie vor. Eine liberalere Haltung dem Zustrom der Ausländer gegenüber sowie ein Ausbau des Schutzes, den Kriegsdienstverweigerer seit jeher genießen, befinden sich unter den Empfehlungen, die viele nur für die typisch englischen Verhältnisse Bedeutung haben.

Das Wohnrecht des Menschen

Trotz einer sehr starken Bautätigkeit ist das Wohnungsproblem in England, wie in so vielen anderen Ländern, für Millionen eine quälende Sorge. Der Wohnungsmangel wird noch dadurch verschärft, daß viele Besitzer von Miethäusern diese verfallen ließen — unter dem Vorwand, daß der Ertrag der unter Mieterschutz stehenden Häuser zu gering sei, um Reparaturen zu ermöglichen. In dieser Situation hat sich die Arbeiterpartei zu einem radikalen Vorschlag entschlossen, der in der Sache ein für allemal reinen Tisch machen und das Wohnen des Menschen der Profitsphäre entreißen will. In Großbritannien gibt es etwa 14 Millionen Wohnhäuser, von denen etwa vier Millionen lediglich von ihren Eigentümern bewohnt werden. Wenn man weiter die von Gemeinden usw. errichteten und erhaltenen Wohnhäuser abzieht, bleiben zwischen sechs und sieben Millionen Häuser, die privaten Besitzern gehören. Um der sozialen Notwendigkeit, den Rest der Slums zu beseitigen, die heute noch die englischen Städte verunzieren, gerecht zu werden und um eine angemessene Instandhaltung der Mietwohnungen ohne Rücksicht auf Profitinteressen zu sichern, wird Labour, falls die Partei durch die Entscheidung der Wähler wieder an die Macht gelangt, alle am 1. Januar 1956 vom Mieterschutz erfaßt gewesenen Wohnungen in den Besitz der Gemeinden überführen. Die bisherigen Eigentümer von Miethäusern sollen entsprechend entschädigt werden. Die Erbauung neuer Miethäuser wird das Monopol der Gemeinden sein. An die Eigenhäuser wird natürlich nicht gerührt, sondern die Programmschrift «Heime der Zukunft» sieht sogar weitere Erleichterungen für die Erbauung oder den Erwerb von Eigenheimen in der Weise vor, daß die Gemeinden bis zu 100 Prozent des Aufwandes werden vorstrecken können.

Dieser Plan wurde vom Parteitag 1956 angenommen. Inzwischen hat sich die Lage insoweit geändert, als die konservative Regierung ein Gesetz durchgedrückt hat, das die schrittweise Aufhebung des Mieterschutzes vorsieht. Trotz der erbitterten sozialistischen Opposition gegen die Aufhebung des Mieterschutzes wird eine Arbeiterregierung nicht einfach den Zustand wieder herstellen können, wie er vor den Abbaumaßnahmen bestand. Der Parteitag des Jahres 1957 hat deshalb zur Ergänzung des Plans zur «Munizipalisierung» der Miethäuser beschlossen, daß eine künftige Labourregierung den Kündigungsschutz dort, wo er bis zur antisozialen Gesetzgebung des

Jahres 1957 bestanden hat und wo diese Gesetzgebung noch nicht zu unwiderruflichen Konsequenzen geführt hat, erneuern wird. Was die Höhe des nunmehr von keiner gesetzlichen Bestimmung begrenzten Mietzinses betrifft, wird eine künftige sozialistische Regierung Tribunale einsetzen, die über Beschwerden von Mietern «vernünftige und tragbare» Mietzinse mit endgültiger Wirksamkeit festsetzen sollen. Der Vorschlag, von der Regierung einen entsprechenden Mietzins festsetzen zu lassen — er wurde am Parteitag mit der zu erwartenden Überlastung der Tribunale begründet —, fand keine Mehrheit, weil die Meinung vorherrschte, daß die Verhältnisse viel zu differenziert seien, als daß man sich um eine einheitliche Formel bemühen könnte.

Das sind natürlich nur Übergangsmaßnahmen. Als Ziel bleibt die Überführung aller Miethäuser in Gemeindebesitz, ein Plan, der sicherlich noch der Ausarbeitung in vielen Einzelheiten bedarf. Es wird sich jedenfalls um die größte bisher in demokratischen Formen vollzogene Sozialisierungsaktion handeln.

Fort mit der Ungleichheit!

Verhältnismäßig wenige konkrete Maßnahmen bringt die Programmschrift «Auf dem Wege zur Gleichheit. Labours Politik für soziale Gerechtigkeit» in Vorschlag, der der Parteitag 1956 die Zustimmung gegeben hat. Sie versäumt nicht etwa, den Angriff auf die Bastionen der kapitalistischen Privilegien zu eröffnen, ja sie tut es in recht ausgiebigem Maße. Doch die konkreten Vorschläge, die der in ihr ausgesprochenen Kritik entspringen, gehören fast durchweg in andere Kapitel der Programmarbeit (Verstaatlichungspolitik, Brechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden). Aber vielleicht ist gerade die Programmschrift deshalb so wertvoll, weil sie die sozialistische Grundhaltung zur Frage von mehr sozialer Gerechtigkeit einmal rein theoretisch in voller Breite behandelt.

Ein Menschenalter sozialistischer Arbeit, die in den Leistungen der Labourregierung von 1945 bis 1951 gipfelte, hat das Antlitz Großbritanniens gründlich gewandelt und einen Wohlfahrtsstaat geschaffen, den auch nur ernstlich einzuschränken die gegenwärtige konservative Regierung gar nicht wagt. Aber wenn Labour auch soziale Gerechtigkeit in viele Bezirke des Lebens getragen hat, bleibt trotzdem noch sehr viel in dieser Richtung zu tun. Dank der sozialistischen Steuerpolitik ist die Zahl jener, die nach Entrichtung der Einkommenssteuer noch ein überhöhtes Einkommen haben, auf wenige Hunderte zusammengeschrumpft, während Millionen, die früher Not litten, heute über ein ordentliches Einkommen verfügen. Aber noch besteht eine nicht zu rechtfertigende Ungleichheit der Vermögen: vor 1914 hat *ein* Prozent der englischen Bevölkerung 70 Prozent des Reichtums des Landes in Händen gehalten, heute immer noch 50 Prozent. Ein Viertel des National-

reichtums besteht aus Vermögen, die größer sind als 50 000 Pfund — sie gehören 0,25 Prozent der Bevölkerung. «Im kapitalistischen System», führt die Programmschrift aus, «besteht ein starker Drang in der Richtung nach wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit, der nur durch bewußtes und dauerndes Eingreifen des Staates eingedämmt werden kann.»

Die Aufgaben einer kommenden Arbeiterregierung sind also groß. Sie wird sich vor allem der Sorge um die Alten, die kinderreichen Familien, die Chronischkranken zu widmen haben. Die Armut kann ausgerottet werden: «In einer Gesellschaft, die so reich wie die unsrige ist, gibt es keine Entschuldigung für Armut. Die Summe der erzeugten Güter und zur Verfügung stehenden Dienste übersteigt, was zur Deckung menschlicher Bedürfnisse notwendig ist.» Das Ziel des Sozialismus ist keine öde Gleichmacherei, aber eine maximale Gleichheit der Entwicklungs- und Fortkommensmöglichkeiten. Ohne Gleichheit gibt es keine wahre Freiheit.

Ausmerzung der Not der Alten

War die Massenarbeitslosigkeit die Schande der dreißiger Jahre, dann ist die Not der alten Menschen die Geißel der fünfziger Jahre dieses Jahrhunderts, die es auszurotten gilt — so lautete die politische und moralische Begründung, die Richard *Croßmann* als Sprecher des Parteivorstandes dem Altersversorgungsplan der Arbeiterpartei auf dem Parteitag in Brighton gab. Die Regierung Attlee hatte den Grundsatz der sozialen Sicherheit für jedermann verwirklicht. So hat jeder Bewohner der britischen Insel — Männer vom 65., Frauen vom 60. Jahr an — Anspruch auf die gleiche Altersrente. Jeder zahlt die gleichen Beiträge und hat Anspruch auf die gleichen Leistungen, das heißt, die Beiträge sind nur danach abgestuft, ob es sich um Männer, Frauen, Jugendliche oder selbständig Erwerbstätige handelt. Das Einkommen des Betreffenden spielt keine Rolle — Bankdirektor und Hilfsarbeiter haben das Recht auf das gleiche Lebensminimum. Aber es ist klar, daß auf diesem Wege eben nur eine Grundlage geschaffen werden konnte, die für alle gleich sein muß. Nicht nur die Preissteigerungen der letzten Jahre, denen man durch Beitrags- und Rentenerhöhungen beikommen wollte, haben die ursprüngliche Bedeutung des großen Reformwerkes einigermaßen abgeschwächt. Die Lohnerhöhungen, die sich viele Arbeiterkategorien erkämpfen konnten, haben den Abstand zwischen dem Einkommen eines Erwerbstätigen und dem eines Pensionierten sehr vergrößert. Dazu kommt, daß in vielen Betrieben eigene Altersversicherungen für Arbeiter bestehen. Daneben bestehen natürlich die Pensionsansprüche der Beamten.

Unter diesen Umständen hatte sich Labour damit zu befassen, wie unter Aufrechterhaltung aller erworbenen Rechte eine Verbesserung der Altersversorgung für alle erzielt werden kann, damit dann etwas mehr als gerade das Existenzminimum gesichert ist. Der Plan der Arbeiterpartei sieht zu-

nächst die sofortige Erhöhung der bestehenden Renten in Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten vor. Darüber hinaus entwirft er die Grundzüge einer zusätzlichen gesamtstaatlichen Altersversorgung der arbeitenden Bevölkerung. Sie würde den Arbeiter in die Lage versetzen, neben seiner Altersrente noch eine weitere zu beziehen, so daß ihm im Alter von 65 Jahren das halbe letzte Arbeitseinkommen in Form einer Altersversorgung gesichert wäre. Das wichtigste daran ist vielleicht, daß die Ansprüche nicht an Arbeit in einem bestimmten Betrieb gebunden sind, sondern von einem Wechsel des Arbeitsplatzes unberührt bleiben — ein gewaltiger Fortschritt gegenüber den bestehenden betrieblichen Pensionsfonds. Die Finanzierung der neuen Versicherung soll durch Beiträge erfolgen, die im Gegensatz zu denen zur allgemeinen Sozialversicherung nach dem Einkommen abgestuft sind. Die Arbeitnehmer würden 3 Prozent ihres Einkommens beisteuern, die Arbeitgeber 5 Prozent und der Staat weitere 2 Prozent.

Bei den Diskussionen am Parteitag wurden zwei Einwände gegen den in seinen Grundlagen allgemein angenommenen Plan laut. Es wurde vorgeschlagen, statt eines Beitragssystems die Finanzierung des Projektes aus den Steuereingängen, gegebenenfalls durch entsprechende Erhöhung der Einkommenssteuersätze auf größere Einkommen, ins Auge zu fassen, und es wurde gegen die Aufgabe des Prinzips gleicher Leistungen für alle protestiert. Dem ersten Einwand wurde entgegengehalten, daß die Finanzierung aus Steuererträgen — abgesehen von politischen Erwägungen, die gegen eine Erhöhung der direkten Steuern sprechen mögen — das ganze System zu einem Spielball der Politik machen würde. Ein reaktionärer Finanzminister könnte sich für Einsparungen auf diesem Gebiet entschließen, was wesentlich schwerer wäre, wenn es sich um einen in sich abgeschlossenen Fonds mit einer Zweckbestimmung handelt. Gegen das Beibehalten des Grundsatzes gleicher Leistungen wurde angeführt, daß das in diesem Falle unpraktisch wäre, daß es sich um eine bloß scheinbare Gleichheit handeln würde und daß Ungleichheit zumindest mit den Nutznießern schon bestehender Pensionsfonds unvermeidlich wäre. Dieser Umstand war es auch hauptsächlich, der den Britischen Gewerkschaftsbund veranlaßte, sein bisheriges Widerstreben gegen gestaffelte Leistungen aufzugeben und dem Labourplan offiziell zuzustimmen. Die Grundzüge dieses von der nächsten Labourregierung zu verwirklichenden Planes wurden vom Parteitag unverändert angenommen.

Über die vom Parteitag in Brighton angenommenen Vorschläge für ein Nationalisierungsprogramm einer künftigen Arbeiterregierung haben wir hier schon gesprochen[1], so daß es in diesem Zusammenhang genügt, auf diese Betrachtungen hinzuweisen.

---

[1] Siehe den Aufsatz des Verfassers «Nationalisierungsdebatte in England» in Heft 12/1957 dieser Zeitschrift.

Liquidierung der Kolonialpolitik

Neben den Arbeiten an der Formulierung eines innerpolitischen Aktionsprogramms läuft das Bemühen, die Grundsätze einer den Bedürfnissen der Gegenwart angepaßten sozialistischen Kolonialpolitik zu definieren. Sozialistische Kolonialpolitik, das war einmal absolute und kompromißlose Opposition gegen jede Form kolonialer Ausbeutung. In dem Augenblick, in dem sozialistische Parteien Regierungsverantwortungen übernehmen, erkennen sie bald, daß sie mit rein negativen Formulierungen nicht auskommen. Eine sofortige Verwirklichung der sozialistischen Grundsätze im Bereich der Kolonialpolitik würde die Kolonien, von denen manche sehr fortgeschritten und manche noch ziemlich rückständig sind, in ein Chaos stürzen. Sozialistische Kolonialpolitik muß sich also heute darauf konzentrieren, einen Plan für die rasche und geordnete Liquidierung des Kolonialproblems auszuarbeiten, ohne die grundsätzlich ablehnende sozialistische Haltung irgendwie abzuschwächen. In drei Programmschriften versucht nun die Labour Party, mit wichtigen Aspekten des Problems ins reine zu kommen.

Die erste von ihnen, die sich unter dem Titel «Plurale Gemeinschaften» mit dem Zusammenleben mehrerer Rassen in einem Lande beschäftigt, wurde vom Parteitag des Jahres 1956 zum Beschluß erhoben. Die Frage lautet hier, wie man die «Farbenschranke», die irgendwie, wenn auch nicht in Form der südafrikanischen Brutalität, überall bis zu einem gewissen Grade besteht, überwindet und in von mehreren Rassen bewohnten Ländern eine bessere Zukunft nicht nur von gleichberechtigten, aber auch von gleichberechtigt zusammenlebenden Menschen aufbaut. Das Ziel ist nicht, die Entwicklung einer besonderen Kultur der einzelnen Rassen zu behindern, aber durch demokratische Reformen aus den einzelnen Rassen eine politische Nation zusammenzuschweißen, deren Angehörige sich weniger als Neger oder Asiaten, sondern mehr als Bürger von Kenia, Mauritius oder Uganda fühlen werden.

Die Arbeiterpartei, die sich weitgehend für das Commonwealth, die größte vielrassige Gemeinschaft der Welt, verantwortlich fühlt, kämpft dafür, daß der Bevölkerung der Kolonien selbst im Wege demokratischer Abstimmungen die Möglichkeit gegeben werden muß, ihre Verfassung und damit ihre Zukunft zu bestimmen. Demokratische Abstimmung — das heißt, daß niemand vom Wahlrecht ausgeschlossen ist und niemandes Stimme, wie das heute noch vielfach der Fall ist, mehr Gewicht hat als die eines anderen. Die getrennten Wählerkörper, die den Weißen unberechtigte Privilegien sichern, müssen nach und nach einheitlichen Wählerlisten Platz machen. Großbritannien dürfe sich, heißt es in der Programmschrift, nicht aus von verschiedenen Rassen bewohnten Gebieten zurückziehen, solange nicht volle Demokratie besteht und alle Formen rassischer Diskriminierung verfemt sind. Als Nahziel wird die Forderung aufgestellt, alle diskriminatorischen Vorschriften zu beseitigen, mit Ausnahme jener, die dazu bestimmt sind, die unprivilegierten

Gruppen zu schützen (zum Verbot des Landankaufs für Weiße in bestimmten Gebieten).

Zwei weiteren Programmschriften zur Kolonialpolitik hat der letzte Parteitag die restlose Zustimmung erteilt. Die eine von ihnen behandelt die Frage, was mit bisherigen Kolonien geschehen soll, die, wie etwa Gibraltar oder Singapur, zu klein sind, um als selbständige Staaten bestehen zu können. Es handelt sich um 33 verschiedene Gebiete in allen fünf Weltteilen von sehr verschiedener Größe und Bedeutung von den Pitcairn-Inseln in der Südsee mit 130 Einwohnern bis zu Britisch-Guayana in Südamerika mit 460 000 Einwohnern. Hier werden drei Möglichkeiten in Vorschlag gebracht. Diese als Staaten nicht lebensfähigen Gebilde sollen das Recht erhalten, sich entweder einem benachbarten Staat anzuschließen (etwa Zypern an Griechenland) oder mit anderen kleinen Kolonien eine Föderation einzugehen, wie es im Karibischen Meer geplant ist. Wo diese beiden Möglichkeiten nicht in Frage kommen, soll der Dominion-Status versucht werden. Der Name «Dominion» für Kanada und Australien hat sich überlebt, weil das vollkommen selbständige und mit Großbritannien gleichberechtigte Staaten geworden sind. Die Arbeiterpartei will nun einen neuen Dominionbegriff schaffen, der für kleine Gebiete passend wäre, die schwer auf eigenen Füßen zu stehen vermögen. Sie wären selbständige, sich selbst verwaltende Gebiete, die durch freie Entscheidung die Führung ihrer Außenpolitik und ihre Verteidigung Großbritannien (oder gegebenenfalls Australien oder Neuseeland) überlassen.

Die Gleichheit, die das Ziel der Labourbewegung ist, auch im internationalen Maßstab zumindest zwischen Großbritannien und den Kolonien zu verwirklichen, strebt die letzte der Programmschriften an, die «Wirtschaftshilfe» betitelt ist. Die Ausmerzung des krassen Unterschiedes im Lebensstandard zwischen Europa und den bisherigen Kolonien soll vor allem durch großzügige, ausgiebige und sorgfältig geplante Wirtschaftshilfe erfolgen. Im Einklang mit einem Beschluß des Wiener Kongresses der Sozialistischen Internationale wird die nächste Arbeiterregierung ein Prozent des britischen Nationaleinkommens alljährlich als Hilfe für die unterentwickelten Länder ohne jede Gegenleistung oder Bedingung zur Verfügung stellen. Ein Prozent des Nationaleinkommens — das klingt an sich nicht überwältigend. Es würde sich aber nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge immerhin um 160 Millionen Pfund jährlich (über 1,9 Milliarden Franken) handeln. Wenn sich alle fortgeschrittenen Nationen diesem Schritt anschließen, könnte der bitteren Not, dem Hunger und dem Analphabetismus in den durch die Schuld des Kapitalismus zurückgebliebenen Teilen der Welt wirksam auf den Leib gerückt werden. Sozialistische Initiative setzt sich hier nicht nur ein ideales Ziel, sondern eine Aufgabe, die ein Gebot des gesunden Menschenverstandes ist. Hier tritt die Arbeiterpartei mit einem Programm vor die Wähler, das

keine billigen Versprechungen macht, sondern im Gegenteil von ihnen Opfer zugunsten anderer verlangt. Das spricht für den sittlichen Ernst und die politische Reife sowohl des britischen Volkes als auch der sich ihrer historischen Verantwortung voll bewußten sozialistischen Bewegung Großbritanniens.

Was noch zu tun bleibt

Mit der Verabschiedung des Kapitels über das Nationalisierungsprogramm der Zukunft ist die ideologische Hauptarbeit für die Vorbereitung eines sozialistischen Wahlprogramms getan. Wichtige Kapitel bleiben aber noch dem Ende September 1958 in Scarborough zusammentretenden Parteitag vorbehalten. Sie betreffen die Haltung einer künftigen Labourregierung in Fragen der Landwirtschaft, des Schulwesens, der Automation und der öffentlichen Kontrolle in privaten Händen verbliebener Wirtschaftszweige. Wie Hugh Gaitskell mitteilte, sind die Arbeiten nach dieser Richtung schon so weit gediehen, daß sie auch bei einer plötzlich hereinbrechenden Wahlkampagne in Ordnung beendet werden können. Labour wird also den Kampf um die Macht im Staate mit einem umfassenden Programm sozialistischer Reformen aufnehmen.

HEINZ ROSCHEWSKI

Professor Weizmann und die Arbeiterschaft

Zum zehnjährigen Bestehen des Staates Israel

In diesen Tagen jährt sich die Gründung des Staates Israel zum zehnten Male. Da darf man wohl vor aller Öffentlichkeit daran erinnern, daß der Aufbau eines blühenden Landes aus Wüste und Sumpf wohl kaum in jener die ganze Welt überraschenden Schnelligkeit und Vorbildlichkeit vonstatten gegangen wäre, wenn das wirtschaftliche Leben sich nicht zum großen Teil in genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen und sozialistischen Formen vollzogen hätte – wenn nicht das Ideal der sozialen Gerechtigkeit sich mit dem nationalen Streben nach einer Heimstätte für ein verfolgtes Volk gepaart hätte.

Kein Zufall war es, daß die erste provisorische Regierung des Staates Israel vor zehn Jahren aus fünf Sozialdemokraten bestand: David Ben Gurion, Elieser Kaplan, Golda Meir, David Remez und Moshe Shertok.

Nun, diese fünf sozialistischen Führer der ersten Regierung Israels sandten am 15. Mai 1948 ein Telegramm: «Anläßlich der Errichtung des jüdischen Staates senden wir Ihnen unsere Grüße, Ihnen, der Sie mehr als irgend-